

# Platzjabbek

Nr. 1, 29. Januar 2008

**DIE LINKE.KÖLN**



**Die Linke.Köln Fraktion im Rat der Stadt Köln**

V.i.S.d.P. Die Linke.Köln, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,  
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de,  
www.linksfraktion-koeln.de

## Umzüge von Arbeitslosen: Hartz IV und die Prüfung des Einzelfalls

Arbeitslosenzentren und -initiativen beklagen schon seit geraumer Zeit die Praxis innerhalb der ARGEN bzw. von einzelnen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen beim Umgang mit denjenigen Arbeitslosen, die - aus welchem Grund auch immer - umziehen müssen. Die Fraktion DIE LINKE. Köln hat deshalb im Ausschuss für Soziales und Senioren bereits im November eine Anfrage zu diesem Thema eingereicht und nun von der Verwaltung eine Antwort erhalten.

So genannte „Zwangsumzüge“ gibt es in Köln nur „in ganz wenigen Fällen.“ Es kann sie auch kaum geben, weil viel zu wenig preiswerter Wohnraum zur Verfügung steht. Das hat u. a. auch die Mietanalyse von Wohnungsanzeigen ergeben, die der AK Soziales/Hartz IV der Fraktion durchgeführt hat, und die in der vergangenen Ausgabe des Platzjabbek veröffentlicht wurde. Allerdings gibt es auch andere Gründe, warum Arbeitslose sich gezwungen sehen, umzuziehen.

Hier beginnt für viele das Problem. Wohnungssuchende Arbeitslose berichten, dass in diesem Fall viel strengere Maßstäbe angelegt werden als bei denen, die schon lange in einer Wohnung wohnen. S.2 →

## Köln braucht viele gute und gleichzeitig preiswerte Wohnungen

Die Lage auf dem Kölner Wohnungsmarkt verschlechtert sich. 2007 fallen 2.187 geförderte (sog. „Sozialwohnungen“) aus der Mietpreisbindung. In diesem Jahr werden es noch einmal 1.409 und im Jahre 2009 sogar 3.010 Wohneinheiten sein.

SPD, Grüne und LINKE. haben für 2007 beschlossen, 1.000 Wohnungen zu bauen - gegen die Stimmen der CDU und FDP, die am liebsten nur Paläste bauen würden.

CDU und FDP, Teile der Verwaltung und die private Wohnungswirtschaft boykottieren seit Jahren den geförderten Wohnungsbau. Die privaten Investoren sagen ganz offen, die Gewinnmarge ist zu gering. Die Landesregierung hat auch nur warme Worte zu vergeben, aber immerhin muss sie die Dramatik der Situation eingestehen: „Künftig (werden) immer mehr Haushalte auf preiswerten und barrierefreien Wohnraum angewiesen sein“. Passieren tut nichts.

Es ist schon grotesk, wenn die Landesregierung im neuen Wohnraumförderprogramm 2008 „Kommunale Handlungs-

konzepte“ einfordert und gleichzeitig die Kölner CDU und FDP das vorliegende Wohnungsbauprogramm zerreden. Hat die CDU bzw. das Zentrum auf Druck der christlichen Arbeitnehmerbewegung in den letzten 120 Jahren den sozialen Wohnungsbau mitgetragen, so torpediert sie seit acht Jahren diese Politik ganz offensiv.

DIE LINKE. muss gerade in den Metropolen dagegen steuern. Wir brauchen in den Großstädten mehr geförderte Wohnungen. Deshalb unterstützt DIE LINKE. den Antrag von Rot-Grün. Die großen Probleme werden durch diesen Antrag aber nur abgemildert und nicht abgestellt. In Köln müssen im Prinzip statt 1.000 jährlich 2.000 geförderte Wohnungen gebaut werden.

Um die Zahl geförderter Wohnung deutlich zu erhöhen, müssen unterschiedliche Instrumente eingesetzt werden. Eines davon ist die Anwendung der Erbpacht-Regelung. Inzwischen sieht das auch der Rat so wie DIE LINKE. Köln seit Jahren. An der Umsetzung allerdings hapert es. Das liegt daran, dass die Liegenschaftsverwaltung in erster Linie Geld machen will und dafür

## Tagung: Für eine soziale und ökologische wohnungsbaupolitik

**Samstag, 9. Februar 2008, 13.00 bis 18.00 Uhr**  
**Bürgerhaus Kalk, Kalk-Mülheimer-Str. 58, Köln**

### 13 Uhr: Einleitungsvorträge:

- Aktuelle Tendenzen des Wohnungsbaus  
*Dr. Andrej Holm, Berlin*
- Eckdaten der Wohnungsmarktregion Köln

### 15 Uhr: Arbeitsgruppen:

1. Träger der sozialen Wohnungsbaupolitik
2. Wer soll das bezahlen? Alternative Finanzierungsmodelle im Wohnungsbau
3. Ökologie im Wohnungs- und Siedlungsbau
4. Zielgruppen des öffentlichen Wohnungsbaus

### Abschlussdiskussion: ca. 16.30 Uhr

#### Forderungen für eine ökologische und soziale Wohnungsbaupolitik

- *Heidrun Bluhm*, MdB - DIE LINKE., wohnungspolitische Sprecherin
- *Jochen Ott*, Vorsitzender des Aufsichtsrates der GAG Immobilien AG
- *Wilhelm Schmitz*, stellv. Regionalleiter IG BAU Regionalbüro Rheinland
- N.N., *Mieterverein Köln*



langfristigen Bindungen aus dem Weg geht. Die katholische Kirche in Köln macht uns vor, wie man das besser machen kann.

Die Erbpachtregelung ist ein Weg, die Grundstückskosten zu senken.

Denn die hohen Preise sind ein Grund dafür, dass Investoren den geförderten Geschosswohnungsbau meiden. Dazu müssen sie aber indirekt gezwungen werden. Bebauungspläne sind ein Mittel dazu, aber auch die sozialgerechten Bodennutzung ist ein großer Schritt in die richtige Richtung.



**Neue Internetadresse: +++ [www.linksfraktion-koeln.de](http://www.linksfraktion-koeln.de) +++ [www.linksfraktion-koeln.de](http://www.linksfraktion-koeln.de)**

Die geltenden Maßstäbe für Mietobergrenze und Quadratmeterzahl würden sehr viel genauer und kompromissloser angelegt. Auf die Nachfrage des Vertreters der LINKEN. Köln im Ausschuss am 10.01.08 bestritt die Sozialdezernentin Frau Bredehorst diese Behauptung heftig.

Auffallend in der Antwort sind die vielen dehnbaren Begriffe. Sie zeigen, dass hier ein Gesetz am Werk ist, das den Hilfesuchenden - sie sind doch eigentlich Kunden! - wenig Rechtssicherheit bietet. So können auch Umzugskosten zum leistungshilferechtlichen Bedarf gehören. Kosten sind nur dann zu übernehmen, wenn sie in angemessenem Umfang entstehen. Drei Kostenvorschläge müssen eingeholt werden, eine Mitteilung, für welches Angebot die Kosten übernommen werden, erfolgt „rechtzeitig“, so dass angeblich ausreichend Zeit für einen Auftrag bleibt.

Über allem steht nach diesem Gesetz die „Pflicht zur individuellen Prüfung des Einzelfalles“, darauf wies der neue Geschäftsführer der ARGE, Herr Müller-Star mann, bei der Behandlung der Anfrage noch einmal deutlich hin. Einerseits ist es richtig, die Hilfesuchenden individuell zu beraten und jeden Einzelfall zu prüfen. Aber die sprachlichen Regelungen in der Antwort - und damit im Gesetz - zeigen, dass arbeitslose Wohnungssuchende sehr stark abhängig sind von der Bewertung ihrer Angelegenheit durch den Sachbearbeiter bzw. den Fallmanager. Das öffnet Willkür Tür und Tor.

Michael Kellner

## Tagesseminar Kinderarmut in Köln

In unserer Stadt lebt fast ein Viertel aller Kinder unter 15 Jahren von Sozialgeld. Rechnet man noch die Kinder von Geringverdienern dazu, kommt man auf einen noch höheren Anteil von armen Kindern in Köln. Ihre Benachteiligung spüren sie von der Kindertagesstätte zur Lehrstelle.

Wer gegen Kinderarmut ankämpfen will, sieht sich vielen verschiedenen Baustellen gegenüber. Sie reichen von kostenlosem Mittagessen in der Kindertagesstätte über Lernmittelfreiheit in der Schule bis hin zu Startchancen im Beruf.

Der Arbeitskreis Jugend und Schule möchte in einem Tagesseminar zusammen mit betroffenen Eltern, in diesem Bereich Berufstätigen und weiteren Interessierten die Kölner Situation beschreiben und analysieren, Positionen und Handlungsmöglichkeiten diskutieren.

**Es findet am Samstag, den 23.2. von 11-17 Uhr im Sitzungssaal der Fraktion, Haus Neuerburg, statt.**

## In der Drucksache 5054/2207 antwortet die Verwaltung auf fünf umfassende Fragen der Fraktion Die Linke.Köln zum geförderten Woh- nungsbau:

Eine wesentlichen Rahmenbedingung für die Verfügbarkeit von Baugrundstücken ist der Preis, die anhaltend hohen Grundstückspreise in Köln erschweren den öffentlich geförderten Wohnungsbau ...

Aus der Entwicklung der Geschosswohnungen, die im 1. Förderweg gefördert wurden, ist zu entnehmen, dass sich der Wohnungsbestand (ohne Berücksichtigung der Neubewilligungen) im Jahre 2007 um 2.187 WE (Wohneinheiten) gegenüber

2006 verringern. In 2008 werden sich die geförderten Wohnungen im 1. Förderweg um weitere 1409 WE und in 2009 um 3010 WE verringern. Soll der Wohnungsbestand gehalten werden, müssten in dem genannten Umfang Neubauwohnungen gefördert werden. Um den Wegfall von Bindungen entgegenzuwirken, hat der Rat beschlossen, auch Mietpreis- und Belegungsbindungen bei bestehenden Objekten anzukaufen ...

Eine zwingende Festlegung zugunsten von öffentlich gefördertem Wohnungsbau ist planungsrechtlich nicht möglich. Die Steuerung kann hier nur über den Verkauf städtischer Grundstücke erfolgen. Zu überlegen ist, ob als weiteres Instrument evtl. die Anwendung von Systemen der sozialgerechten Bodennutzung in Betracht kommt ...

## Fortsetzung von Seite 1

In absehbarer Zeit müssen zahlreiche Steuerungsmittel für den geförderten Wohnungsbau ergriffen werden. Sonst werden wir über kurz oder lang eine dramatische Unterversorgung an Wohnungen haben und deswegen viel zu hohe Mieten zahlen.

Das wäre fatal. Köln konnte sich am Ende des 19. Jahrhunderts als Industriestadt nur so schwungvoll entwickeln, weil auch die Unternehmen ein Interesse daran hatten, dass die Arbeiter gut wohnen. Wer gut wohnt, kann auch besser arbeiten, war deren Logik.

Der heute stattfindende Metropolisierungsprozess verlangt kleinere, bessere und mehr Wohnungen. Wenn Köln sie jetzt nicht baut, werden wir auf diese Entwicklung nicht vorbereitet sein. Die Lebensqualität wird sich nicht verbessern, sondern verschlechtern. Wenn jetzt die Weichen nicht richtig gestellt werden, verlieren die Menschen in Köln mehr als preiswerten Wohnraum. Deshalb müssen wir uns gegen diese Mentalität des Steinzeitkapitalismus wehren und für eine soziale und lebensfreundliche Wohnungspolitik kämpfen.

Jörg Detjen

## Kostenlose Kindertagesstätten für Köln-Pass-Besitzer

Das unsägliche Kinderbildungsgesetz der schwarz-gelben Landesregierung (KiBiz) hat eine Neuordnung der Elternbeiträge notwendig gemacht. Im Gesetz wurde festgelegt, dass Eltern künftig 19% der Betriebskosten von Kindertagesstätten aufbringen müssen. In Köln zahlen Eltern aber gerade mal 11,5% der entstehenden Kosten. Nun soll die entstehende Lücke von 16,3 Mio. Euro aus dem Stadthaushalt bezahlt werden anstatt die Elternbeiträge anzuheben.

Auch eine zweite Neuerung wurde im Sinne der Eltern gelöst. Früher bezahlte man pauschal einen Platz für sein Kind. Heute kann man 25, 35 oder 45 Wochenstunden Betreuung buchen. Damit Eltern aus Kostengründen nicht nur 25 Stunden buchen, gelten die alten Elternbeiträge jetzt für die 45 Stunden-Variante. Wer weniger Stunden bucht, spart im Gegensatz zu den früheren Beträgen sogar Geld.

Wie gehabt zahlt man nur für das erste Kind im Kindergarten bzw. der offenen Ganztagsgrundschule. Alle weiteren werden kostenfrei betreut. Erfreulich ist, dass

die Einkommensgrenzen für beitragsbefreite Eltern angehoben wurden. Künftig müssen alle Eltern, die einen Köln-Pass besitzen oder einen Anspruch darauf haben, nichts mehr zahlen. Das sind über ein Drittel aller Eltern.

Nach diesem finanziellen Kraftakt der Kommune stellte die CDU einen heuchlerischen Antrag der besonderen Art: Kinder, die das dritte Jahr einen Kindertagesstätte besuchen, sollen nach ihm beitragsfrei gestellt werden, egal was ihre Eltern verdienen. Im Land belastet diese Partei die Kommunen bei der Kinderbetreuung in unverschämter Höhe. Dazu soll die Stadt noch Familienpolitik machen und Eltern generell fördern, egal, ob sie wenig Geld zur Verfügung haben oder zu den Spitzenverdienern gehören. DIE LINKE. Köln ist der Meinung, dass das nicht die Aufgabe der Stadt sein kann. Dafür wird es eine Resolution geben, in der das Land aufgefordert wird, endlich ihren (finanziellen) Teil dazu beizutragen, Kinderbetreuung generell kostenlos anzubieten.

Andrea Kostolnik

# Aus den Bezirken:

## ■ Rodenkirchen

### The same procedure as every year, Fritz: Verwaltung will schon wieder ein Bürgerbegehren abbügeln

Im August entschied der Kölner Stadtrat gegen die Stimmen der LINKEN, den Godorfer Hafen auszubauen. Die Befürworter des Hafenausbaus sahen sich durch ein städtisches Gutachten gestützt. Es vertrat die Thesen, die Kapazität der Kölner Häfen sei erschöpft, der Verkehr würde stark zunehmen, Binnenschifffahrt verringere den Ausstoß von Kohlendioxid und 100 Arbeitsplätze würden durch den Ausbau entstehen.

Gegen die Ausbaupläne regte sich früh Widerstand. Eine Bürgerinitiative „Aktionsgemeinschaft Contra Erweiterung Godorfer Hafen“ formierte sich, ein Gegengutachten wurde in Auftrag gegeben. Es zweifelte den angenommenen Bedarf an Transportmöglichkeiten auf Schiffen an. Außerdem würden Niedrigwassertage den Verkehr auf dem Rhein an vielen Tagen unmöglich machen. Es widersprach dem städtischen Gutachten auch in puncto Hochwasserschutz.

Die Hafengegner sahen keine ausreichenden Evakuierungsmöglichkeiten bei Hochwasser für die Container mit oft hochgiftigen Ladungen gegeben. Dazu kommt, dass mit den Sürther Auen ein wichtiges Naturschutzgebiet für den Hafenausbau zerstört werden soll.

Die Bürgerinitiative startete ein Bürgerbegehren und sammelte fast 38.000 Unterschriften. Eine gewaltige Zahl, denn in Köln sind „nur“ 23.000 nötig, damit es zu einem Bürgerentscheid kommt. Dann werden alle KölnerInnen aufgefordert für oder gegen den Ausbau zu votieren.

Doch die Verwaltung reagierte mit den üblichen Reflexen auf die Einmischung der lästigen BürgerInnen. Am 18. Januar teilte sie mit, dass sie das Bürgerbegehren für unzulässig hält. Angelegenheiten eines Planfeststellungsverfahrens seien vom Bürgerbegehren ausgeschlossen.

Außerdem würde der Bürgerentscheid die Unternehmensfreiheit des stadteigenen Betriebs HGK (Häfen und Güterverkehr Köln AG) berühren.

Das kommt vielen bekannt vor. Auch frühere Bürgerbegehren gegen die Erweiterung der Müllverbrennungsanlage und gegen den Verkauf der städtischen Wohnungsbaugesellschaften GAG und Grubo erklärte man mit fadenscheinigen Argumenten für juristisch unberechtigt.

Den EinwohnerInnen Kölns wird suggeriert, dass Politik so kompliziert ist, dass

Nicht-KommunalpolitikerInnen am besten die Finger davon lassen.

DIE LINKE, dagegen setzt sich für eine Ausweitung der Bürgerbeteiligung ein, z. B. durch Absenkung der benötigten Unterschriften.

In SPD und CDU wurden schon Stimmen laut, man solle vielleicht doch das Begehren zulassen oder zumindest noch einmal überprüfen. Selbst die Etablierten spüren, dass sie dieses Mal zu weit gehen und jedes Vertrauen der Bevölkerung verlieren könnten, wenn sie wieder mit einem fadenscheinigen Gefälligkeitsgutachten ein Bürgerbegehren in die Mülltonne werfen. Der Kampf gegen den Ausbau des Godorfer Hafens ist noch nicht verloren!

*Claus Ludwig*

## ■ Nippes

### Radweg beschlossen

Auf Antrag der LINKE, Köln in der Bezirksvertretung Nippes wurde dort ein neuer Radweg beschlossen. Die künftige Velostrecke soll eine bequeme Verbindung für Radfahrer zwischen der Sebastianstraße und der Neusser Straße bieten.

Aktuell führt der Radweg nur bis zur Lippzanner Straße. „Eine Verlängerung des Weges rechts der Scheibenstraße ist mit einem überschaubaren Aufwand umzusetzen“ so Bezirksvertreter Weisenstein (DIE LINKE.) am 24.01.08. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

*Michael Weisenstein*

## ■ Kalk/Mülheim

### Kein Hubschrauberlandeplatz auf dem Kalkberg

Der Rat der Stadt hat gegen die Stimmen von DIE LINKE, Köln den Standort Kalkberg beschlossen. Teilweise mit fadenscheinigen Gründen hatte die Verwaltung der Feuerwehr dafür argumentiert. Der Wegfall des alten Standortes war wiederum für das Klinikum Merheim ein Nachteil. Eine hochmoderne Klinik braucht einen Hubschrauberlandeplatz.

Auf Nachfrage bei der Verwaltung erfuhr DIE LINKE, Köln nun, dass inzwischen wieder nach alternativen Standorten gesucht wird. Eine Fläche am Mielenforst in der Nähe des Merheimer Kreuzes ist im Gespräch. Grund für die erneute Standortsuche ist nach Angaben der Verwaltung die bisher unbefriedigenden Gespräche mit dem Grundstückseigentümer des Kalkbergs. Warum die Verwaltung trotzdem das teure Genehmigungsverfahren fortführt, bleibt das Geheimnis des Feuerwehrdezernenten Soénius.

## Trotz Ratsbeschluss verschweigen Stadtwerke-Manager ihre Gehaltshöhe

Der Rat der Stadt Köln hatte im Juni 2006 die Stadtwerke-Manager aufgefordert, eine Einwilligungserklärung gemäß §4 Abs. 1 Bundesdatenschutzgesetz abzugeben. Damit würden sie sich einverstanden erklären, dass ihre Bezüge im städtischen Beteiligungsbericht veröffentlicht werden.

Dieser Aufforderung sind nach einem Bericht des Kölner Stadt-Anzeiger aber nur ganz wenige Vorstände nachgekommen. Einer davon ist der Vorstand der stadteigenen Wohnungsbaugesellschaft GAG.

Stadtkämmerer Soénius (CDU) schlägt nun vor, von einer Veröffentlichung abzusehen. DIE LINKE, wird Rot-Grün hier an frühere Aussagen erinnern. Erst kürzlich hatte die SPD-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag, dem auch der Kölner SPD-Fraktionsvorsitzende Martin Börschel angehört, einen Antrag in den Landtag eingebracht. Die SPD forderte: „Wir brauchen Transparenz und klare Regeln.“ (Drs 14/5776)

Zahlreiche SPD-Ratsmitglieder sitzen in den Kölner Aufsichtsgremien der städtischen Unternehmen. Werden sie ihrer Landeschefin Hannelore Kraft folgen, die im Landtag verlangte, darüber zu diskutieren, „wie wir diesen sozialen Verwerfungen einen Rahmen entgegenzusetzen können.“ Damit meinte sie nicht nur die fehlende Transparenz, sondern auch die Höhe der Managergehälter. Die soll laut Kölner Stadt-Anzeiger bei durchschnittlich 500.000 Euro liegen.

DIE LINKE, Köln wird dranbleiben.

*Jörg Detjen*

Inzwischen haben die anderen Parteien das Thema wieder entdeckt und wollen von ihrer früheren Zustimmung nichts mehr wissen. So stellten die Grünen im Ausschuss Umwelt und Grün eine umfangliche Anfrage.

Dass das Thema jetzt neu aufgerollt wird, ist auch ein Erfolg der Anwohnerproteste. Die Bürgerinitiative hat einen Rechtsanwalt eingeschaltet, der den Klageweg vorbereitet und macht auch weiter Druck. Auch aus diesem Grund wäre es vernünftig und kostensparend, wenn die Verwaltung vom Standort Kalkberg absehen würde und das Genehmigungsverfahren für diesen Standort schnell abbrechen würde.

*Jörg Detjen*

# Aus den Ausschüssen:

## ■ Jugendhilfe

### Mehr Stellen für Streetworker

Im Jugendhilfeausschuss wurde über ein Paket von Maßnahmen gegen Jugendgewalt debattiert. Insgesamt sollen dafür in diesem Jahr fast 1 Mio. Euro ausgegeben werden.

Die Stadt möchte für vier Schulen je eine neue Stelle für Schulsozialarbeiter schaffen. Je acht Haupt- und Förderschulen müssen in Köln ohne diese besondere pädagogische Kraft auskommen. Dabei sind die vier Stellen zwar nicht ausreichend. Gleichzeitig muss das Land dafür stärker in die Pflicht genommen werden. An den 22 Kölner Hauptschulen, an denen die Bezirksregierung für Schulsozialarbeiter sorgt, hat das Land jeweils nur halbe Stellen eingerichtet – und damit für eine funktionierende Schulsozialarbeit zu wenig Stunden vorgesehen. DIE LINKE. konnte mit einem Änderungsantrag durchsetzen, dass OB Schramma nun in der Pflicht steht, stärker auf die Landesregierung einzuwirken, damit diese endlich die notwendigen Stellen schafft.

Eine zweite Forderung der LINKEN. fand kein Gehör. Mit dem Geld aus diesem Paket sollen nicht nur vier mobile Streetworker bezahlt werden. Rund ein Drittel soll in das Suchtclearing fließen. Sozialarbeiter im Suchtclearing sollen u.a. Drogensüchtige, die bei Polizei oder Ordnungsamt auffällig werden, bei den Kölner Hilfsangeboten für diese Personengruppe „abliefern“. Das betrifft zwar auch drogensüchti-

ge Jugendliche oder die Kinder von Junkies. Dass diese Stellen aber gerade aus einem Haushaltsposten für Jugendliche bezahlt werden sollen, sah DIE LINKE. nicht ein. Ein Änderungsantrag, stattdessen sechs stationäre Streetworker einzustellen, fand keine Mehrheit, ein Änderungsantrag von SPD und Grünen schon. Der sieht vor, statt der vorgesehenen sechs Stellen lediglich drei für das Suchtclearing bereitzustellen. Die restlichen Gelder werden für zwei weitere Streetworker und ein Stelle beim Träger „Die Brücke“ ausgegeben.

Andrea Kostolnik

Siehe auch die beiden Artikel Seite 6

## ■ Ausschuss Umwelt, Gesundheit und Grün

### „Pro Köln“: Panik vor ausländischen Killerviren

Mit Angstmacherei vor der „Wiederkehr der Tuberkulose“ (TBC), die angeblich von „Migranten aus Afrika, aus dem östlichen Rußland (sic!) sowie den kaukasischen Staaten“ auf Grund deren „leichter Einreise“ verbreitet werde, versucht „Pro Köln“ in einer Anfrage Vorurteile zu schüren. MigrantInnen und Kranke werden gleichermaßen diskriminiert. Die Infizierten seien „meist geschwächte Personen, wie Drogenabhängige, Obdachlose, Alkoholabhängige oder HIV-Infizierte“. „Pro Köln“ entwirft ein Horrorszenerario mit „Bakterienstämmen, die sehr schwer oder gar nicht zu bekämpfen“ seien. Empört fragen sie, was die Behörden tun, um die Infizierten zu „isolieren“. Das erinnert nicht nur an die rechte Propaganda zu Beginn des Aids-Schocks, sondern auch an die verbrecherischen Maßnahmen der Nazis für die „Volksgeundheit“.

Die Wirklichkeit: 2007 gab es 156 TBC-Fälle in der BRD, die meisten unter deutschen Staatsbürgern. In ihrer Antwort belehrt die Stadtverwaltung „Pro Köln“ dankenswerter Weise außer mit diesen Zahlen damit, dass die TBC auf Grund der „sozioökonomischen Benachteiligung“ in armen Ländern weiter verbreitet ist als in reichen.

Der Sachkundige Einwohner von DIE LINKE. Köln rief im Gesundheitsausschuss am 22.01. auf, nicht zur „Pro Köln“-Anfrage zu schweigen, da sie „klare rassistische Untertöne“ enthalte. Die Mitglieder der anderen Fraktionen blieben jedoch stumm, was sicherlich nicht dazu beiträgt „Pro Köln“ zurückzudrängen. Es bleibt der Wunsch, es möge bald gelingen, sowohl Tuberkulose als auch Rassismus zu bezwingen.

Frank Kühl

## ■ Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen

### OB Schramma flexit auf dem Roncalliplatz

Der Oberbürgermeister, CDU und FDP wollen die Skater von der Domplatte vertreiben. Rot-Grün und DIE LINKE. Köln haben im Rat aber ein anderes Verfahren beschlossen. Neben dem Roncalliplatz sollen auch andere Standorte im Innenstadtbereich gefunden werden, die zum Skaten geeignet sind. Das würde die Skaterszene entzerren und die Situation vor dem Dom beruhigen.

Dieser Diskussionsprozess soll mit den Betroffenen gemeinsam geführt werden. Doch in der Zwischenzeit hat OB Schramma die Gestaltung des Dom-Vorplatzes - eigentlich eine Sache des Stadtdirektors - an sich gezogen. Das passt in Schrammas Strategie, populistische Themen aufzublenden, wenn er sich im Rat schon nicht durchsetzen kann.



Abgefräste Kanten: Auf dem Roncalliplatz wurden schon Fakten geschaffen

Deshalb will er jetzt die Flex in die Hand nehmen und die Mauern, die die Blumenkübel einfassen, so anfräsen und beschädigen, dass die Skater keine glatten Flächen und Kanten mehr vorfinden. Ratmitglied Detjen fragte im Ausschuss nach, ob eventuell ein Haftungsproblem entsteht. Schließlich könne sich durch die mutwillige Beschädigung der Blumenkübel ein Skater oder Tourist verletzen. Die Verwaltung hat bis heute auf diese „schwierige Frage“ keine Antwort.

Der Verein „Dom Skateboarding“ schrieb jetzt einen Brief an die demokratischen Parteien im Rat: „Deshalb bitten wir Sie, sich dafür auszusprechen, dass das Anfräsen der Blumenkästen zumindest solange aufgeschoben wird, bis alternative Ausweichmöglichkeiten ... gefunden bzw. erschaffen worden sind. Wir sind sogar der Meinung, dass die Maßnahme des AnfräSENS gar nicht nötig sein werde, wenn alternative Ausweichmöglichkeiten vorhanden sind ...“

Stadtdirektor Kahlen sagte zu, den Fall zu prüfen und die aufgeworfenen Fragen zu beantworten. Jörg Detjen

**FÜR EIN MORGEN IN FREIHEIT**

**DIE DEMO**  
GEGEN DEN ÜBERWACHUNGSWAHN

**KÖLN**  
**15.03.2008**  
**14.00 Uhr**

RONCALLIPLATZ (DOMPLATTE)

www.trainiert-ist-sicherheit.de

**FREIHEIT**  
DAS IST MEIN SICHERHEIT



**A**m 10.01.2008 setzte Kardinal Meisner die unselige Tradition der Soldatengottesdienste im Kölner Dom fort. Waffen, Soldaten und das Kriegshandwerk an sich wurden „gesegnet“.

Auf der Domplatte protestierten Antimilitaristen mit fantasievollen Kostümen und Aktionen gegen diese zynische Veranstaltung. Von der Polizei wurden sie daran gehindert, während des Gottesdienstes im Dom auf ihre Positionen hinzuweisen.

Mit Michael Kellner und Bernd Weber beteiligten sich auch Vertreter der Fraktion DIE LINKE. Köln an dem Protest.

*Andrea Kostolnik*

## ARGE (in) Not

Schon in der vergangenen Ratssitzung stand das Thema Hartz IV auf der Tagesordnung. Alle demokratischen Parteien stimmten einer Resolution an die Bundesregierung zu, mit der erhebliche Änderungsbedarfe zum Sozialgesetzbuch II von Seiten der Stadt eingereicht wurden. Akteure in der Politik sind sich der Fragilität dieses Gesetzes zunehmend bewusst und fordern gar eine völlige Revision von Hartz IV. Die Fraktion DIE LINKE. Köln glaubt allerdings nicht, dass Hartz IV auf diese Weise akzeptabler wird. Die Zeitschrift „Publik-Forum“ nennt das Gesetz „eine Ansammlung von handwerklichen Pleiten und Pannen“ und „eine einzige Baustelle, auf der permanent gedreht, geschraubt und justiert wird“ (PF Nr. 1/2008). Und das Ergebnis?

Die versprochene Reduzierung der Arbeitslosigkeit (2002: 4,4 Mio.) um 2 Mio. binnen 3 Jahren ist nicht eingetroffen. Sie beträgt innerhalb von 5 Jahren nicht einmal 1 Mio. Arbeitslose. Gleichzeitig schnellte aber die Zahl der ALG II-Bezieher in die Höhe, weil viele von dem Geld, das sie für ihre Arbeit erhalten, nicht mehr leben können. Die Wirtschaft floriert, die großen Firmen steigern ihre Gewinne und lassen die Kommunen dafür bluten. Nach dem Kinderreport 2007 des Deutschen Kinderhilfswerkes leben 14% der Kinder in Deutschland in Armut, seit der Einführung des ALG II hat sich ihre Zahl verdoppelt. Der Gegensatz zwischen Arm und Reich nimmt drastisch zu und die Probleme verschärfen sich. So auch in Köln. In der Ratssitzung im Januar geht es wiederum um das Thema Hartz IV - diesmal ganz konkret um die Situation in der Kölner ARGE. In den vergangenen Wochen gab es heftige Beschwerden in den lokalen Zeitungen. Von Behinderung der Integration ins Arbeitsleben ist die Rede, von Rechtsverkürzung, unhaltbaren Zuständen und menschenverachtendem Umgang mit dem Personal.

Offensichtlich hat die Stadt Köln von Anfang an die Auswirkungen des SGB II völlig unterschätzt. Ging man Ende 2004

von ca. 52.300 anspruchsberechtigten Bedarfsgemeinschaften aus, stieg die Zahl 2005 (August) auf 64.000 und beträgt zur Zeit ca. 62.990 mit insgesamt 120.677 Personen (November 2007). Dementsprechend musste das Personal immer wieder neu aufgestockt werden: Mit der Gründung der ARGE waren 780 (Vollzeit-) Stellen besetzt, Ende 2005 waren es bereits 890 und Ende 2006 genau 1092 Vollzeitstellen. Aktuell sind im Plan 1.155,5 Vollzeitstellen ausgewiesen, wovon allerdings nur 1.091 besetzt sind.

Dazu kamen und kommen hausgemachte Probleme und solche mit der Bundesagentur für Arbeit. So gibt es immer wieder technische Pannen mit der von der Agentur vorgeschriebenen Software, die z.B. ausgerechnet am 02.01.08 umgestellt wurde und damit für die Auszahlung der Gelder ausfiel. Bis zum Jahresende 2007 war außerdem noch offen, ob die Verträge von 170 MitarbeiterInnen durch die Bundesagentur für Arbeit weiter verlängert werden. 60 MitarbeiterInnen nahmen deshalb auf einen Schlag Urlaub. Dazu kommt eine hohe Fluktuation von jährlich ca. 151 Stellen und eine 30%-ige Befristung aller Stellen bei der ARGE.

Die Folgen sind katastrophal: Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer der Widersprüche beträgt mehr als ein Jahr. Auch die Leistungsbescheide stapeln sich. Die persönliche Betreuung vieler Kunden unterliegt einem ständigen Wechsel.

Die Fraktion DIE LINKE. Köln unterstützt deshalb den Antrag, den SPD und Grüne zur Ratssitzung eingereicht haben. Wesentliche Maßnahmen sind: Auffüllen des Stellenplans, Kompensation der Fluktuation durch Neubesetzungen und Verlängerung oder Entfristung der derzeit befristeten Stellen.

Nach Ansicht der Fraktion DIE LINKE. Köln fehlt im Antrag allerdings die Frage nach der Qualifikation der neu Eingestellten, für die Hilfesuchenden eine der wichtigsten Fragen. Die Fraktion DIE LINKE.

## KVB-Nutzer mit Köln-Pass: 3 Euro weniger in der Tasche

Im Vaterunser beten wir: „Unser tägliches Brot gib uns heute.“ Brot ist unser Grundnahrungsmittel, das wir zum Leben brauchen. Zwar heißt es in der Bibel auch: „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein“, doch wer schon mal hungern musste, weiß, wie schlimm es ist, auf das tägliche Brot verzichten zu müssen.

Wer sich die KölnPass-Monatskarte bei der KVB leisten möchte, muss seit Jahresbeginn auf rund 2,5 kg Brot oder 2,7 kg Nudeln im Monat verzichten. Denn den Gegenwert muss er in die Preiserhöhung investieren. Während die durchschnittliche Preiserhöhung für Fahrkarten bei 4,5 Prozent lag, schlug die KVB bei der KölnPass-Monatskarte mit unveranschämten 12 Prozent Erhöhung zu.

Eine interne Studie belegt, dass der städtische Zuschuss statt der veranschlagten 4,5 Mio. Euro nur 1,17 Mio. Euro betrug, doch das wird nicht zu einer Reduzierung des Kaufpreises genutzt. Tatsächlich muss jeder Nutzer 3 Euro mehr zahlen. Der städtische Zuschuss soll so auf 0,91 Mio. Euro, also um 260.000 Euro sinken.

Im Gegenschluss könnte man mit einer Erhöhung des Zuschusses um 433.000 Euro auf rund 1,6 Mio. Euro (immer noch 3 Mio. weniger als ursprünglich veranschlagt) den Preis für die Monatskarte auf 20 Euro absenken. Ein Betrag übrigens, der dem im Regelsatz von ALG II für Verkehr vorgesehenen verdächtig nahe kommt. Alles darüber hinaus muss aus der Lebensmittelkasse finanziert und durch Besuche bei den Tafeln ausgeglichen werden. *HP Fischer*

Köln stellt deshalb einen Zusatzantrag. Danach wird die ARGE aufgefordert, dem Rat einen Bericht über Dauer, Art und Finanzierung der Qualifizierung der neuen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu liefern. Dabei ist auch die tarifliche Eingruppierung der schließlich Qualifizierten zu prüfen.

*Michael Kellner*

# Was tun gegen Jugendgewalt?

Das Thema Jugendgewalt wurde während des hessischen Wahlkampfes vom CDU-Ministerpräsidenten Koch gezielt genutzt, um mit rassistischer Hetze auf Stimmenfang zu gehen. Das ändert aber nichts daran, dass es immer Jugendliche geben wird, die durch Dienststähle, Raub oder Gewalttätigkeiten anderen Menschen Schaden zufügen. Oft sind die Opfer gleichaltrig.

Mit zunehmender sozialer Ungleichheit nimmt die Zahl dieser Jugendlichen zu. Sie spüren, dass sie in dieser Gesellschaft so gut wie keine Chance haben, ihren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum abzubegeben. Unser Bildungssystem behindert sie statt sie zu bilden, auf dem Arbeitsmarkt gibt es keine Jobs für sie. Aus dem ohnmächtigen Gefühl heraus, unabänderlich Verlierer zu sein, wächst Wut und Gewalt.

In Köln werden die Jugendlichen mit den meisten und schwersten Rechtsverstößen als sog. Intensivtäter beobachtet. Unter ihnen sind überproportional viele Jungs mit Migrationshintergrund. Das liegt aber nicht an ihrer „Kultur“, sondern an ihrem sozialen Status. Migranten sind in Deutschland eben auch überproportional arm.

Jugendliche mit Gefängnis bestrafen zu wollen, ist nicht nur barbarisch. Es widerspricht auch allen wissenschaftlichen Erkenntnissen. Gewalttätig werden Menschen nicht aus heiterem Himmel. Vorangegangen sind in der Regel Jahre der Kindheit und Jugend, in denen die späteren Täter selber Opfer von Gewalt, Prügel und Missbrauch waren. Im Gefängnis und auch

geschlossenen Heimen erleben Jugendliche über die Erfahrung, nicht (aus der Situation) weg zu können, strukturelle Gewalt. Sie ähnelt der Gewalterfahrung in ihrer Kindheit stark und erzeugt noch mehr Gegengewalt. Militärischer Drill in Erziehungscamps wirkt ähnlich.

Trotzdem müssen jugendliche Gewalttäter natürlich eine Reaktion des Staates erleben. Dafür kennt das Jugendstrafrecht unterschiedliche „Strafen“, von Sozialstunden über den Täter-Opfer-Ausgleich bis hin zur Unterbringung in Heimen mit Intensivbetreuung. Diese sind kein „komfortabler Knast“. An diesen Orten erleben Jugendliche, die oft weder Regeln noch Zuneigung kennengelernt haben, wie das Sich-Einfügen in eine Gruppe funktioniert. Statt



Transparent auf einer Demonstration am 16. Januar in Köln. Anlass war ein rassistischer Überfall auf einen dunkelhäutigen Kölner ein paar Tage zuvor. Foto: [www.arbeiterfotografie.com](http://www.arbeiterfotografie.com)

„Strafe“ bekommen sie das Rüstzeug, das sie brauchen, um in der Gesellschaft klar zu kommen. Denn das Jugendstrafrecht will Jugendliche nicht bestrafen, sondern erziehen. Anders als Erwachsene sind sie eben nicht voll für ihre Taten verantwortlich.

Das Maßnahmenpaket gegen Jugendkriminalität auf der Januarratssitzung will DIE LINKE. Köln an manchen Stellen präzisiert wissen. Bei der angestrebten engen Kooperation von Jugendhilfe und Polizei möchte DIE LINKE. ausdrücklich erwähnt wissen, dass das Vertrauensverhältnis von Streetworkern und Jugendlichen aufgebaut bzw. gewahrt werden muss. Dazu sind die besonderen Datenschutzbestimmungen gemäß § 65 SGB VIII genauestens einzuhalten.

Hochgradig delinquente Jugendlichen sollen aus ihrer „Gang“ gelöst werden. Doch dazu muss ihnen eine andere soziale Gruppe angeboten werden, anstatt sie zu isolieren. Das geht nur über eine konzeptionelle Stärkung der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Schließlich will DIE LINKE. in den Beschlusstext hineinschreiben, dass auch bei der Anwendung ordnungspolitischer Mittel gegenüber delinquenten Jugendlichen alle Beteiligten niemals vergessen dürfen, dass der Erziehungsauftrag vorrangig ist.

Andrea Kostolnik

Siehe auch Artikel S. 4

## DIE LINKE. fordert Respekt für die Jugendlichen statt Panikmache durch Politiker und Medien

Die jungen Leute, die in Kalk anlässlich des tragischen Todes ihres Freundes Salih (17) demonstrieren, fordern eine gründliche Aufklärung des Falles und wenden sich gegen Diskriminierung und Rassismus. Die Fraktion DIE LINKE. Köln unterstützt dieses Anliegen der Jugendlichen. Die Ratsmitglieder Claus Ludwig und Özlem Demirel wohnen in Kalk und haben mit den Jugendlichen gesprochen. Claus Ludwig ist empört über Politiker-Äußerungen und einige Presseberichte:

„CDU-Fraktionschef Granitzka redet von einem ‚Pulverfass‘ – und zündet mit seiner Unheilsverkündung, es drohen ‚Zustände wie in Paris‘, gleich mal ein Streichholz an. Es scheint, manche Politiker und Medienvertreter reden Krawalle geradezu herbei. Die jungen Leute hingegen demonstrieren friedlich, fordern Aufklärung und gleiches Recht für alle. Bis heute hat sich kein Vertreter der Stadtspitze oder der etablierten Parteien dort blicken lassen, um

mit ihnen zu reden. Stattdessen trennt ein martialisches Polizeiaufgebot die Jugendlichen von der Bevölkerung, als wären sie Raubtiere, die unter Kontrolle gehalten werden müssen. Den jungen Migranten wird – mal wieder – bedeutet: ihr seid anders. Ihr gehört nicht zu uns. Wir haben es nicht nötig, mit euch zu reden.“

Hinter den Protesten steckt auch jahrelang aufgetauter Frust über Ungleichbehandlung und schlechte Zukunftsaussichten für junge Migranten vor allem in armen Vierteln wie Kalk. Roland Koch hat das mit seiner Wahlkampf-Hetzkampagne noch einmal verstärkt.

Özlem Demirel wendet sich entschieden dagegen: „Wieder einmal werden junge Migranten als Zielscheibe für diskriminierende Äußerungen benutzt. ‚Pariser Verhältnisse‘ herrschen in Kalk noch lange nicht. Es kann nicht angehen, junge Migranten pauschal in ein schlechtes Licht zu stellen. Ein junger Mann ist nach einem tra-

gischen Geschehen zu Tode gekommen. Was sich genau ereignet hat, steht noch nicht zweifelsfrei fest. Dennoch wurde der junge Mann unmittelbar nach dem Geschehen in der Berichterstattung vom Opfer zum Täter gemacht. Die Freunde und Mitschüler von Salih protestieren genau deshalb. Berechtigterweise kritisieren sie diese Ungleichbehandlung und fordern, dass die Sache aufgeklärt wird. Mit demokratischen Mitteln versuchen sie sich gegen die Vorurteile und Stereotypen über junge Migranten zu wehren. Statt weiterhin Politik und Wahlkampf zu Lasten von jungen Migranten zu machen, liegt es in der Verantwortung der Politik, den Jugendlichen eine bessere Zukunft zu bieten. Statt ‚Pariser Verhältnisse‘ zu prophezeien, müssen gleiche Bildungschancen für alle, mehr Ausbildungsplätze und Arbeit für Jugendliche, von der sie auch leben können, geschaffen werden.“

Pressemitteilung der Fraktion vom  
25.01.2008



## Großer Andrang beim Neujahrsempfang

Ungefähr 100 Menschen besuchten den Neujahrsempfang der Fraktion DIE LINKE. Köln. Die LINKEN im Rat begrüßten alte Weggefährten und Kooperationspartner. Es gab aber auch neue Gesichter kennenzulernen. Viele Mitglieder der neuen Partei DIE LINKE wollten nach der Parteigründung im Sommer 2007 nun einmal „ihre“ Ratsfraktion in ungezwungener Atmosphäre kennenlernen. Für Unterhaltung sorgte der Publizist Pascal Beucker mit Anekdoten aus seinem neuesten Buch „Endstation Rücktritt. Warum deutsche Politiker einpacken“. Der Fraktionsvorsitzende Jörg Detjen und Claus Ludwig dankten allen für die Unterstützung, Anregungen und Zusammenarbeit im letzten Jahr. Detjen bekräftigte, das bestehende Netzwerk aus Personen und Organisationen weiter auszubauen zu wollen, „denn die Kommunalwahl 2009 ist sowohl parlamentarisch als auch außerparlamentarisch eine Herausforderung“.

Mitte Dezember wurde mit dem gemeinsamen von Antrag von DIE LINKE., SPD und Grünen die Kölner Verwaltung beauftragt, mit der RheinEnergieAG darüber zu verhandeln, „in welcher Form und unter welchen Bedingungen ein Sozialtarif auch in Köln machbar ist.“



## Licht ausmachen, da simmer dabei...

Diesen Antrag beantworteten Verantwortliche der RheinEnergie mit einer Kaskade fadenscheiniger und widersprüchlicher Argumente aus dem Repertoire rein profitorientierter Unternehmen. Die RheinEnergie definiert in ihrer Stellungnahme die Grundversorgungspflicht lediglich als das flächendeckende Anbieten von Strom und Gas. Damit seinen die EU-Kundenschutzregelungen umgesetzt. Eine darüber hinaus gehende soziale Verpflichtung, etwa die Einführung eines Sozialtarifs, bestünde nicht.

Dabei wird mit keinem Wort auf die im Ratsantrag ausdrücklich erwähnte EU-Richtlinie eingegangen, die bestimmt, „dass besondere Maßnahmen schutzbedürftige Kunden vor dem Ausschluss von der Stromversorgung bewahren sollen“.

Darüber hinaus sprechen sich die Manager des Kölner Unternehmens „gegen eine bundeseinheitliche Regelung zur Einführung eines Sozialtarifes“ aus. „Ein solcher Tarif wäre nach unserer Einschätzung nicht nur wettbewerbsverzerrend, sondern zudem auch sozial- und umweltpolitisch ein falsches Signal“... „Soziale Leistungen sind Sache der öffentlichen Hand“.

Wieso eine bundeseinheitliche Regelung wettbewerbsverzerrend sein soll, bleibt ein Geheimnis. Dass man sich bei der RheinEnergie von sozialer Verantwortung komplett befreien will und diese völlig dem Staat überantworten möchte, ist für ein städtisches Unternehmen nicht gerade ein Zeichen von besonderem Interesse gegenüber seinem Besitzer, dem Bürger. Städtische Unternehmen sollen ja ruhig Gewinn erwirtschaften. Aber wer sagt, dass es der größtmögliche Gewinn sein soll?

Die erklärte Sorge, dass „kostenreduzierte Energie“ zu Verschwendung führe, ist bizarre angesichts der Preise, die Großverbraucher im Vergleich zu Privatkunden zahlen.

Das Tarifsystem der RheinEnergie (wie auch aller anderen Gas- und Stromanbieter in Deutschland) bestraft Kleinabnehmer näm-

lich mit etwa dreimal so hohen Preisen gegenüber Vielverbrauchern. In Ländern mit geringem Liberalisierungsanteil ist die Kluft zwischen den Tarifen weniger gravierend.

Dass kaufmännische geführte Unternehmen „keine Erbringer von Sozialleistungen sein können“ ist eine Behauptung, die offenbar keiner Begründung bedarf. Ärgerlich wird sie, wenn an anderer Stelle ausdrücklich auf die Stiftung des Unternehmens und das soziale Engagement der RheinEnergie verwiesen wird. Man kann natürlich fragen, ob die Unterstützung eines Profivereins mit ca. vier Millionen Euro jährlich eine große soziale Leistung ist. Immerhin auch Kunst, Kultur und Breitensport bekommen ein paar Brosamen von den enormen Erlösen des Energiegeschäfts zu fressen. Dass da für Arme nichts mehr übrig bleibt, ist wiederum der Logik unserer städtischen Unternehmer geschuldet.

Zwar fand die Kölner Initiative zum Sozialtarif beim heimischen Energieversorger keine besondere Resonanz, schlug aber immerhin bundesweit Wellen.

So forderte Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) Mitte Januar die deutschen Stromversorger auf, Tarife für sozial Schwache einzuführen. „Alle Energieversorger sollten dauerhaft einen solchen Sozialtarif in der Grundversorgung anbieten. In einem so reichen Land wie Deutschland darf es keine Energie- oder Brennstoffarmut geben.“ Auch Verantwortliche der großen Energiekonzerne signalisierten, dass sie einen Sozialtarif für denkbar halten.

Eon Avacon und Eon Hanse kündigten an, armen Menschen einen Rabatt einzuräumen. Und auch Vattenfall erklärte, über solche Rabatte nachzudenken. Daneben gibt es schon seit einiger Zeit regionale Anbieter, die Sozialtarife im Programm haben.

Es sind allerdings kaum edle Motive, die

bei den Energieverkäufern für die Einführung eines Sozialtarifs sprechen. Vielmehr, so zitierte der Berliner Tagesspiegel Brancheninsider „sei es für die Versorger teuer, säumige Kunden anzuschreiben, zu mahnen und hinter dem Geld herzulaufer. Ein solcher Kunde bringe keinen Gewinn mehr. Daher sei es auch betriebswirtschaftlich sinnvoll, von vorneherein günstigere und damit bezahlbare Tarife anzubieten.“

Außerdem kann man wohl davon ausgehen, dass vor allem die großen Konzerne durch dieses hypothetische Nachgeben lediglich ihr ramponiertes Image aufpolieren wollen, um so von drohenden weitergehenden Maßnahmen abzulenken, die nach den nicht nachvollziehbaren Preiserhöhungen bzw. exorbitanten Gewinnen zur Diskussion stehen. Die sich anbahnende bundesweite politische Diskussion über die „soziale Dimension der hohen und steigenden Energiepreise“ wurde leider recht bald vom allgemeinen Börsentaumel aus den Gazetten verdrängt. Immerhin kam es zu einer Reihe mehr oder weniger brauchbarer Vorschläge zur Entlastung betroffener Verbraucher. Es wäre wünschenswert, wenn die Diskussion auf Bundesebene wieder aufgenommen würde, um zu einer einheitlichen Lösung zu gelangen.

Angesichts der wiederholten Preissprünge bei gleichzeitig explodierenden Gewinnen der Konzerne sollte der Sozialtarif nicht auf Kosten des Staates umgesetzt werden, etwa über eine Mehrwertsteuersenkung bei Energiekosten, sondern sollte aus den hohen Gewinnen der Konzerne finanziert werden. Im Moment gilt jedoch auch: Alles, was schnell ärmere Haushalte entlastet, ist hilfreich, auch wenn es sich zunächst nur um Insellösungen einzelner kommunaler Anbieter handelt.

Von den günstigen Sozialtarifen würde letztlich auch die öffentliche Hand profitieren, denn bei Hartz IV sind die Stromkosten, wenn auch in völlig unzureichendem Umfang, im Regelsatz enthalten. Zudem werden die Mietkosten übernommen, in denen auch die Heizkosten enthalten sind und auch bei der Grundsicherung für arme Rentner und Erwerbsunfähige trägt der Staat bisher die Energiekosten.

Felix Schulte

# Platzj abbeck

Bitte kosten los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion Die Linke.Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....  
Name, Vorname

.....  
Straße, Postleitzahl, Ort  
.....

Die Linke.Köln, Fraktion im Rat der Stadt Köln  
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln  
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41

email: [DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de](mailto:DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de) V.i.S.d.P. Jörg Detjen

## Er fehlt uns – Nachruf auf Oskar Nolze

Am 1.1.2008 verstarb Oskar Nolze im Alter von 99 Jahren. Er war das älteste noch lebende Mitglied des erster Kölner Rates nach dem 2. Weltkrieg. Vom 13. Oktober 1946 bis zum 9. November 1952 gehörte er als Stadtverordneter der KPD dem Kölner Rat an. Er vertrat seine Partei im Sportausschuss, von 1949 bis 1951 als Ausschussvorsitzender.

Oskar Nolze wurde am 10.9.1908 in Bonn geboren. Aufgewachsen ist er in Köln. Der Sohn eines Weinküfers und einer Schneiderin begeisterte sich schon früh für den Schwimmsport. Ein Onkel brachte ihn in den Kölner Schwimmverein 1897. Dort wurde Nolze Deutscher Knabenmeister. Eine schwere Erkrankung machte die weitere sportliche Karriere zunichte.

1922 absolvierte er eine Lehre als Maschinenschlosser und trat am ersten Tag in die Metallarbeitergewerkschaft ein. 1928 wurde er Dienstfahrer für die Leonard Tietz AG. 1930 trat er der KPD bei. Nach dem „Warenhausstreik“, den er im Streikkomitee für die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) mitorganisierte, verlor er 1932 seine Arbeit.

1938 fand er eine neue Anstellung bei der Ehrenfelder Maschinenfabrik Hermann Kolb, wo er auch nach Kriegsende arbeitete. Ende der 1940er Jahre wurde er hauptamtlicher Funktionär der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Vom 13. Oktober 1946 bis zum 9. November 1952 gehörte er als Stadtverordneter der KPD dem Kölner Rat an. Er vertrat seine Partei im Sportausschuss, von 1949 bis 1951 als Ausschussvorsitzender. Er setzte sich besonders für die Belange des Kölner Sports ein. Dabei war ihm eine flächendeckende Versorgung aller Kölnerinnen und Kölner mit Sportmöglichkeiten wichtig. So ist seinem großen Engagement die Renovierung und der Erhalt des Neptunbades in Köln-Ehrenfeld zu verdanken.

Nach dem Krieg war Nolze Vorsitzender des Kölner Schwimmclubs von 1906.



Gemeinsam mit dem Rennfahrer Manfred von Brauchitsch engagierte er sich im „Komitee für Einheit und Freiheit im deutschen Sport“, das sich für deutsch-deutsche Sportkontakte einsetzte.

Dieses Engagement brachte ihm und von Brauchitsch eine Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat, Staatsgefährdung und Geheimbündelei ein. 10 Monate saß er in Untersuchungshaft, im Sommer 1955 sollte ihm der Prozess gemacht werden. Einer möglichen Verurteilung und weiterer Haft entzog er sich durch Flucht in die DDR.

Zusammen mit seiner Frau Wilma blieb er 15 Jahre dort. 1956 wurde sein Sohn geboren. Seine Begeisterung für den Sport bildete auch hier die Grundlage seiner politischen Tätigkeit. Er wurde stellvertretender Vorsitzender des DDR-Schwimmverbandes. Im Januar 1969 kehrte Nolze nach Köln zu-

rück. Zuvor hatte die Bundesregierung eine Amnestie für politische Straftaten im Zuge der Verfolgung engagierter Kommunisten und Kommunistinnen in den 50er Jahren gewährt. Ehemalige SPD-Ratskollegen, darunter der Oberbürgermeister Theo Burauen, unterstützten ihn bei der Wohnungs- und Arbeitssuche.

1968 schloss er sich der DKP an. In ihr blieb er engagiert bis 2001. Dann wechselte er in die damalige PDS, später Die Linke. Obwohl Nolze inzwischen in der Nähe seines Sohnes und seiner Enkel in Kürten lebte, blieb er im Herzen immer Kölner. Davon zeugte auch seine Begeisterung für den 1. FC Köln, bei dem er noch 2002 Mitglied wurde.

Bis weit ins hohe Alter konnte er nicht nur durch die anschaulichen Erzählungen aus seinem Leben unterhalten. Er blieb bis zum Schluss ein aufmerksamer politischer Beobachter und Analyst, der in Gesprächen mit Kölner Genossen und Genossinnen auch in tagespolitischen Fragen stets fundiert einen dezidierten Standpunkt vertrat.

Die Kölner Ratsfraktion verliert mit Oskar Nolze einen aufrechten und stets menschlichen Genossen, einen klugen Berater und einen lieben Freund.

*Andrea Kostolnik*

## Termine – Termine

### Wohnungsbaupolitische Konferenz

Sa, 9.2.2008, 13-18 Uhr  
Bürgerhaus Kalk, Kalk-Mülheimer-Str. 58

### Kinderarmut - Tagesseminar

Sa, 23.2.2008, 11-17 Uhr  
Sitzungssaal der Fraktion

### Für ein Morgen in Freiheit

Demonstration gegen die Datensammlung, Sa, 15.3.2008, 14 Uhr  
Roncalliplatz